



## Die aktuelle Lage :

# Ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende

Liebe Damen und Herren,

ein sehr herausforderndes und zugleich belastendes Jahr endet. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die massiv steigenden Energiepreise und die allgemein hohe Inflation haben dieses Jahr geprägt.

Trotz dieser enormen Probleme streitet die Ampel-Regierung, statt zu entscheiden. Diese Haltung verschärft die Probleme, statt diese zu vermindern. Notwendige Entscheidungen werden verschleppt und kommen regelmäßig mindestens drei Monate zu spät.

Auch dank der konstruktiv-kritischen Oppositionsarbeit der CDU/CSU konnten wichtige Entscheidungen auf den Weg gebracht, bzw. unsinnige und schädliche Regelungen verhindert werden:

- Ein weiterer Anstieg der Preise durch eine Gasumlage konnte aufgrund unseres Drucks verhindert werden.

- Beim Bürgergeld bleibt der Grundsatz des Förderns und Forderns erhalten. Die Union konnte im Bundesrat einen Einstieg ins bedingungslose Grundeinkommen verhindern.

- Der Unions-Forderung schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, schlossen sich die Regierungsfractionen an. Bis heute zögert und zaudert aber die Regierung bei der Umsetzung und fügt damit Deutschlands Reputation Schaden zu.

- Auch bei der Zeitenwende gibt es kaum Bewegung. Kanzler Scholz und Ministerin Lambrecht ist die eigene Bundestagsfraktion, um ihren Vorsitzenden Mützenich, wichtiger als die Sicherheit Deutschlands und Europas. Die notwendige Ausstattung unserer Soldatinnen und Soldaten wird verschleppt.

Neben diesen Themen, die weiterhin entschieden und entschlossen angegangen werden müssen, gibt es noch weitere drängende Herausforderungen:

- Insbesondere im ländlichen Raum wird durch willkürliche und unangekündigte Streichungen von Förderungsmöglichkeiten (z.B. Wohnungsbau, Sprach-Kitas) Planungssicherheit genommen und Investitionen abgewürgt.

- Durch die Diskussion um die Deckelung bei

Biogas und das Desinteresse bei der europäischen Pflanzenschutzregelung sind Existenzen im ländlichen Raum bedroht.

- Das 49€-Ticket hilft nicht, wenn keine ausreichend ÖPNV-Struktur vorhanden ist. So bleibt das Ticket eine Förderung der Ballungsräume.

- Die Unionsfraktion stellt einen Antrag zur weiteren Stärkung der Bundespolizei mit ausreichend Personal, das angemessen bezahlt wird mit moderner Ausstattung und zeitgemäßen Befugnissen

- Die Aufnahme vieler Ukrainerinnen und Ukrainern zeigt die große Hilfsbereitschaft. Gleichzeitig

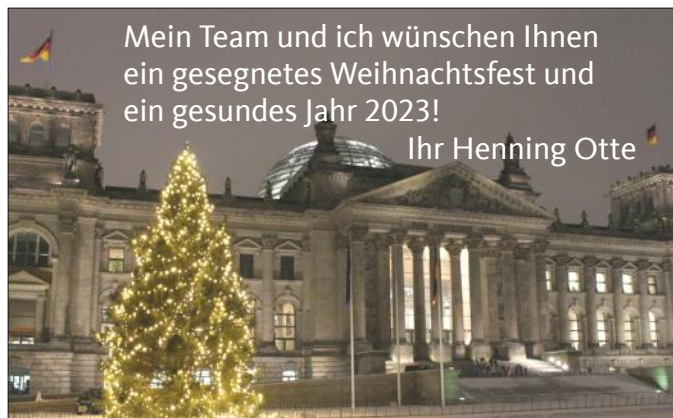
braucht Deutschland aber ein modernes Einwanderungsrecht, welches an den Interessen unseres Landes ausgerichtet ist. Menschen, die illegal in unser Land gekommen sind, müssen zügig zurückgeführt werden. Weitere Anreize zur illegalen Einwanderung sind abzulehnen.

Der CDU-Bundesvorstand startet mit einer

Klausurtagung ins neue Jahr, um die Themen Industrie-Energie-Klima zu behandeln. Klar ist: Alles drei muss gemeinsam gedacht werden. Dies erreichen wir nur mit Technologie nicht mit Bevormundung, Verboten und zentraler Steuerung. Und ein entscheidender Faktor wird dabei der ländliche Raum. Nur mit, nicht gegen den ländlichen Raum, können wir auch zukünftig ausreichend Energie für Versorgungssicherheit und Wohlstand produzieren.

Ich wünsche Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Ihr  
Henning Otte



## Aus dem Inhalt

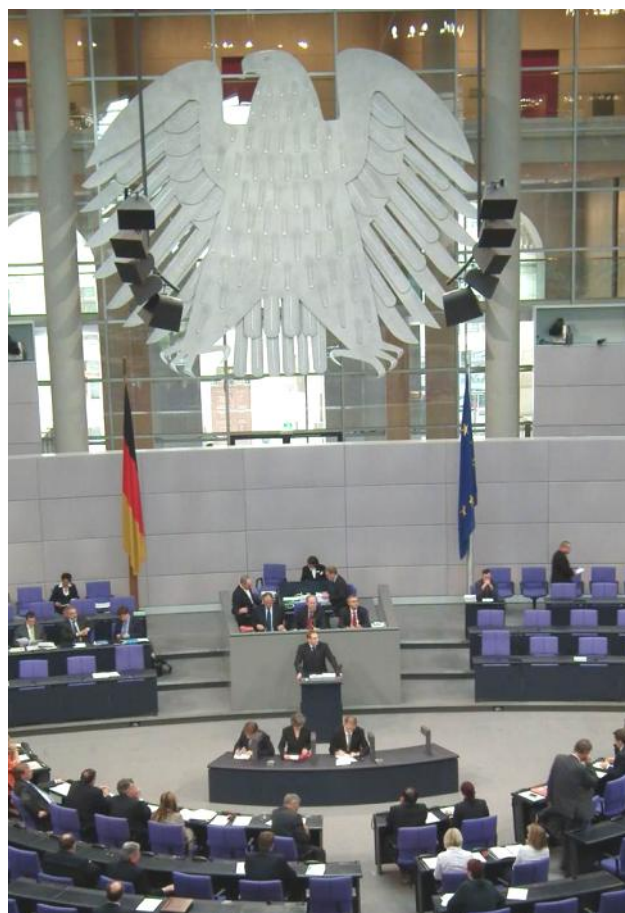
Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Alpha-E	Seite 3
Kurorte	Seite 3
Besuch in Berlin	Seite 4



## Neues aus dem Bundestag

Die Bundespolizei ist eine zentrale Säule der inneren Sicherheit in Deutschland. Nach einer beispiellosen Erfolgsgeschichte der personellen Stärkung unter Bundesinnenministern von CDU und CSU setzen sich heute rund 54.000 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten Tag für Tag für unsere Sicherheit und unser Leben in Freiheit ein. Sie schützen 3.831 Kilometer Land- und 888 Kilometer Seegrenze, sichern 33.399 Kilometer Bahngleise und etwa 5.700 Bahnhöfe und sorgen an 13 großen deutschen Flughäfen für die Sicherheit des Luftverkehrs. Sie bewachen Verfassungsorgane und Bundesministerien, unterstützen die Länderpolizeien bei Großeinsätzen und leisten Hilfe in internationalen Missionen. Sie verfolgen und bekämpfen Schleusungskriminalität, banden- und gewerbsmäßige Eigentumsdelikte sowie sonstige Straftaten in ihrem Aufgabenbereich. Zur Erfüllung ihres wichtigen Auftrags benötigt die Bundespolizei vor allem drei Dinge: Ausreichend Personal, das angemessen bezahlt wird, eine moderne Ausstattung und zeitgemäße Handlungsbefugnisse. Mit unserem Antrag, den wir in in erster Lesung beraten haben, fordern wir deshalb: **Die Bundespolizei weiter stärken.** Die Bundespolizei benötigt jetzt eine noch bessere Ausstattung. Dafür müssen die notwendigen Mittel im Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Verzichten sollte die Bundesregierung dagegen auf ideologisch motivierte Maßnahmen, die Ausdruck von Misstrauen gegenüber der Bundespolizei sind: Für eine Kennzeichnungspflicht, z. B. durch die Nummerierung von Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz, und für die Schaffung des neuen Postens eines „Polizeibeauftragten“ besteht keine Notwendigkeit.

Die Ampel vernachlässigt mit ihrem Kurs in der Breitbandförderung einmal mehr den ländlichen Raum und schafft mit dem noch bis zum Frühjahr 2023 andauernden Antragsstopp eine riesige Lücke in der Breitbandförderung. Wir fordern deshalb: **Antragsstopp bei der Breitbandförderung sofort beenden.** Mit unserem Antrag dringen wir darauf, unverzüglich den Entwurf einer neuen Breitband-Förderrichtlinie auszuarbeiten und den Beteiligten – insbesondere Länder und Kommunen – vorzustellen. Wir brauchen zudem endlich einen Zeithorizont, bis wann voraussichtlich die neue Förderrichtlinie in Kraft tritt und neue Förderanträge gestellt werden können. Darüber hinaus erwarten wir, dass Kommunen ihre bereits geleisteten Vorarbeiten – insbesondere Markterkundungsverfahren – nach der alten Förderrichtlinie auch für Anträge nach der neuen Förderrichtlinie verwenden können. Die Bundesregierung muss durch Priorisierung und Umschichtung im Bundeshaushalt sicherstellen, dass ausreichend Mittel für den Breitbandausbau zur Verfügung stehen.



In abschließender zweiter und dritter Lesung haben wir die – endlich – von der Koalition vorgelegten **Maßnahmen zur Energiepreisdeckelung: Das Gesetz zur Einführung einer Preisbremse für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme und zur Änderung sonstiger Vorschriften sowie das Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse** beraten. Die Politik der Bundesregierung hat in den letzten Monaten zu einer großen Verunsicherung der Haushalte und Unternehmen geführt – etwa durch die geplante Gasumlage, die den Preis noch weiter verteuert hätte. Wäre stattdessen der Sommer konsequent genutzt worden, hätten die Preisbremsen schon zum Winter greifen können. Da sie nun erst ab März 2023 kommen, baut die Ampel mehrere Notlösungen drum herum. Ergebnis ist ein überaus kompliziertes Geflecht, das viele Fragen der Umsetzung aufwirft.

Die Bundesregierung will das Förderprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ beenden. Die Entscheidung wird von vielen Seiten kritisiert, denn das Bundesprogramm war außerordentlich erfolgreich. Mit unserem Antrag **Qualität in der Kinderbetreuung sicherstellen – Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ muss fortgesetzt werden** fordern wir die Bundesregierung auf, sich für eine Fortsetzung des Programms einzusetzen und dieses weiterzuentwickeln. Der frühkindlichen Sprachförderung müssen wir weiterhin hohe politische Priorität einräumen.

## Ich stehe für den Bestandsausbau!

Mit Sorge sehe ich auf die Absicht der Deutschen Bahn, trotz Gegenwinds eine Neubaustrecke zwischen Hamburg und Hannover durchzusetzen. Alle Signale der Bahn stünden auf einem Schönrechnen einer Neubaustrecke mit Kosten. Allerdings widerspricht dies der Einigung, die zwischen Bundesverkehrsministerium, Deutscher Bahn, Kommunen und Bürgerinitiativen im Abschlussdokument des Dialogforums Schiene Nord getroffen wurde. Es war der Bestandsausbau, das sogenannte „Alpha-E“.

Die Kommunen und Bürgerinitiativen wenden sich ebenso gegen die Neubaupläne. Denn danach würde der Güterverkehr auf der bestehenden Strecke gebündelt, allerdings ohne Anspruch auf neuesten Lärmschutz, der nur bei einem Ausbau besteht. Auch würden die Städte Celle, Uelzen und Lüneburg vom schnellen Fernverkehr abgehängt, da die Züge verschiedener Geschwindigkeiten zum besseren Betriebsablauf voneinander getrennt würden. Das bedeutet, dass der schnelle Personenfernverkehr über einen Neubau direkt zwischen Hannover und Hamburg trassiert würde. Während der Ausbau schon kleine Verbesserungen wie zusätzliche Weichen und Überholgleise zulässt, führt ein Neubau erst bei seiner kompletten Fertigstellung zu Verbesserungen im Sinne der Deutschen Bahn.

Die technische Bewertung der Vorplanung liegt im Wesentlichen bereits dem Eisenbahnbundesamt zur Bewertung vor. Das Bundesverkehrsministerium wird die Variantenvorschläge bewerten und voraussichtlich im ersten Quartal eine Empfehlung aussprechen. Diese wird an die zuständigen Ausschüsse im Bundestag weitergeleitet werden. Der Bundestag wird dann einen Mehrheitsbeschluss über eine Trasse treffen. Nach dem



**Die Ablehnung einer Neubaustrecke wird bei vielfältigen Protesten vor Ort deutlich.** Foto: Moeller

Willen der Deutschen Bahn soll dies bis zur Sommerpause 2023 geschehen.

Für mich wäre es jetzt wichtig, dass das Land Niedersachsen auch dem Bund gegenüber deutlich macht, dass eine Neubaustrecke nicht ohne das grundlegende, aber langwierige Raumordnungsverfahren geplant werden kann. Ministerpräsident Weil ist aufgefordert, Bundeskanzler Scholz gegenüber deutlich zu machen, dass es einem massiven Vertrauensbruch der Politik gleichkäme, wenn vom Alpha-E abgewichen würde. In Niedersachsen gelten die Bürgerinteressen mehr als das Hamburger Interesse einer schnellen Fernverkehrsanbindung. Die größte Gefahr für einen Neubau liegt darin, dass der frühere Bürgermeister der Freien Hansestadt Hamburg jetzt der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ist und Hamburg sowie die Deutsche Bahn den Neubau wollen. Da halten wir politisch gemeinsam dagegen.

## Wir müssen die heimischen Kurorte stärken

Zusammen mit meiner CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ist es mir wichtig, die heimischen Kurorte zu stärken. Mit Blick auf Bad Bevensen stelle ich die Frage, warum bei Vorsorgekuren dieselben hohen formalen Anforderungen gelten wie bei Rehabilitationskuren. Im Ergebnis gibt es inzwischen eine eindeutige Diskrepanz zwischen Inlands- und Auslandskuren. Die von Ärzten verordneten Kuren im Ausland fehlen den heimischen Kurorten wie Bad Bevensen als Umsatz.

Die unionsgeführte Vorgängerregierung hat Rehakuren als eine Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen beschlossen. Seit 1. Juni 2021 kann diese Leistung wieder beantragt werden. Das Ziel, die Gesundheit der Bürger zu verbessern, stand im Vordergrund. Jedoch muss es auch um eine Stärkung der eigenen Kurorte gehen. Deswegen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sich im Rahmen einer Kleinen Anfrage an die Regierung gewandt.

Die darin enthaltenen Forderungen sehen eine

Überprüfung des Status´ von Badeärzten vor, da die Anzahl immer geringer wird und ihre Rolle und Relevanz nicht geklärt ist. Der Kurortstatus hängt bislang jedoch von der Präsenz ab. Dennoch müssen die hervorragenden Qualitätsstandards sichergestellt werden. Es werden zum anderen konkrete Maßnahmen verlangt, die Informationen zu dieser Vorsorgeleistung zu erhöhen, um die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Fachkräfte zu erhalten. Auch sollen Maßnahmen getroffen werden, die Anzahl der gemeldeten und abgerechneten Kuren im Inland zu erhöhen.

Die Jod-Sole-Therme in Bad Bevensen ist im norddeutschen Raum von einmaliger Heilqualität. Diese gilt es zu stärken. Auch der Tourismus der Region kann hiervon profitieren. Die Ampelregierung ist aufgefordert, Türen hierfür zu öffnen und bestehende Regularien zugunsten der Gesundheit der Menschen und der heimischen Wirtschaft zu überprüfen.

## Drei Tage in Berlin zu Gast

**Berlin.** Auf meine Einladung war vor Kurzem eine 50-köpfige Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis drei Tage lang im politischen Berlin zu Gast.

Ein erstes Highlight erlebte die Gruppe bereits kurz nach Ankunft in der Bundeshauptstadt mit der Besichtigung des Bundespräsidialamtes und des Schloss Bellevues, Amtssitz des Bundespräsidenten. Anschließend stand mit dem Konrad-Adenauer-Haus ein Besuch inkl. Führung in der Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands an.

Weitere Programmpunkte waren ein Mittagessen in

207 Metern Höhe im Fernsehturm am Alexanderplatz, ein Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sowie des Deutschen Bundestages. Ich nutzte die Gelegenheit, um mich mit den Teilnehmern intensiv über die aktuellen Themen aus dem Wahlkreis wie der Ortsumgebung Celle, dem Bau der A39, Alpha E, der Wolfspopulation und Themen der Sicherheits-, Energie- und Wirtschaftspolitik auszutauschen.

In vorweihnachtlicher Atmosphäre blieb zwischen den Programmpunkten sogar Zeit für einen kurzen Abstecher auf einen der vielen Weihnachtsmärkte Berlins.



Die Besuchergruppe aus Celle und Uelzen besuchte das Konrad-Adenauer-Haus, die Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands.

Foto: Flasche

### Wir sind für Sie da!



Markus Flasche

**Büro Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20  
Fax 030 / 227 – 7 63 20  
Henning.Otte@bundestag.de

[www.henning-otte.de](http://www.henning-otte.de)



Christoph Wilks

**Büro Celle**

Südwall 26  
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98  
Fax 0 51 41 / 68 83  
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Henning.Otte.wk@bundestag.de



Annika Liedtke

**Büro Uelzen**

Celler Str. 1  
29525 Uelzen  
Tel. 05 81 / 9 71 25 43  
Fax 05 81 / 157 36  
Henning.Otte.wk@bundestag.de

**Herausgeber und V.i.S.d.P.:**  
**Henning Otte, MdB**



Dr. Svend Moeller

<https://www.facebook.com/henningottecducleuelzen>  
[https://www.instagram.com/henningotte\\_mdb](https://www.instagram.com/henningotte_mdb)  
<https://twitter.com/henningottemdb>

